

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2.- Reichsmark, vorausschickend. Unter Streifenband im In- und Ausland 5.50 Reichsmark pro Monat.

Der 'Vorwärts' mit der illustrierten Sonntagsbeilage 'Raif und Feif' sowie den Beilagen 'Unterhaltung und Wissen', 'Aus der Filmwelt', 'Stadtleben', 'Frauenstimme', 'Der Kinderfreund', 'Jugend-Vorwärts', 'Bild in die Zukunft', 'Kulturarbeit' und 'Lachal' erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einseitige Kompensationsregelung 80 Pfennig, Beilagenzeitung 5.- Reichsmark. 'Kleine Einzelgen' von 5 Pfennig bis 15 Pfennig (jeweils 2- bis 10-seitige Beilage) jedes weitere Wort 10 Pfennig. Stellenangebote das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnentenzeitung 40 Pfennig. Einzelgenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 2, wochentags von 8 1/2 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhofs 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 65. Diskontokontogeschäft, Postsparkasse Lindenstr. 3

# Ein Sonntag der Linkswahlen.

## Sozialdemokratischer Vormarsch in Bremen, Mecklenburg, Danzig. — Wahlmüdigkeit in Hessen.

### Bremer Bürgerschaftswahl.

A. F. Bremen, 14. November. (Eigenbericht.)  
Am Sonntag fanden im bremischen Staatsgebiet die Wahlen zur neuen Bürgerschaft statt. Der Wahltag verlief völlig ruhig, die Wahlbeteiligung war sehr stark. 188 000 Wähler genügten ihrer Wahlpflicht; das ergibt rund 85 Proz. Wahlbeteiligung. Gegenüber der Dezemberwahl 1924 sind 11 000 Wahlberechtigte mehr vorhanden, die hauptsächlich der Sozialdemokratie zugute kommen. Der Wahlausgang bedeutet einen großen Erfolg für die Sozialdemokratie.

Die rund 15 000 Stimmen und 4 Mandate gewinnt. Die neuen Gewinne fallen alle auf das Stadtgebiet. Ein fünftes Mandat ist noch umstritten, wird jedoch wahrscheinlich durch die Stimmen der Seefleute, die noch fünf Tage nach dem Wahltermin wählen dürfen, für die Sozialdemokratie gerettet.  
Bei rund 240 000 Stimmberechtigten (Zunahme 11 000) erhielten im bremischen Staatsgebiet, umfassend Bremen-Stadt, Bremer-Land, Vegesack und Bremerhaven an Stimmen:

	7. Dezember 1924	13. November 1927
Sozialdemokraten	66 065 (46)	80 806 (50)
Einheitsliste	60 484 (40)	56 708 (36)
Demokraten	21 527 (14)	20 386 (12)
Kommunisten	15 989 (9)	19 128 (10)
Hausbesitzer	12 560 (8)	15 354 (8)
Zentrum	3 612 (2)	4 039 (2)
Bodenreformer	1 997 (1)	1 864 (1)
Aufwerfker	—	1 062 (—)

Die Stimmen und Mandatsziffern im Landgebiet sowie in Vegesack und Bremerhaven bleiben unverändert, jedoch gewinnt die Sozialdemokratie im Landgebiet 1000 Stimmen und hat dort eine sozialdemokratische Zweidrittel-Mehrheit. Ohne eine völlig aussichtslose Spalterkandidatur der Kommunisten hätten sie noch ein Mandat erobert. Auch in Bremerhaven sind 1000 kommunistische Stimmen verpufft. Somit ist in Bremen, wo der Bürgerblock sieben Jahre unbeschränkt herrschte, zum mindesten das Gleichgewicht der Kräfte (60:60) hergestellt, wahrscheinlich sogar wird die Nachprüfung des Wahlergebnisses eine Verschlebung auf 61:59 zugunsten der Sozialdemokratie und zugunsten der Einheitsliste bringen; es fehlen nur 100 Stimmen an dieser Verschlebung.

Das politische Ziel, die Zertrümmerung des Bürgerblocks, wäre damit erreicht. Wenn der Linksrud in der Kaufmannstadt Bremen sich nicht so stark ausbreitet wie etwa in Hamburg oder im benachbarten Industriestädchen Delmenhorst, so liegt es an der geringen Industrialisierung Bremens (tausende von bremischen Industriearbeitern wohnen außerdem im oldenburgischen und preussischen Gebiet) und an dem kleinen Hausbesitz auch bei der Arbeiterklasse. Davon rührt auch der Mandatsgewinn der Hausbesitzer her. Eine Reichstagswahl am gleichen Tage hätte in Bremen eine zweifelhafte starke rote Mehrheit gebracht, da die proletarischen Hausbesitzer bei rein politischen Entscheidungen rot wählen.

Praktisch wird sich auch eine rote Mehrheit nicht anders auswirken wie etwa in Hamburg. Die Kommunisten haben während des Wahlkampfes bereits erklärt, daß sie selbst bei stärkster roter Mehrheit keine andere Entscheidung treffen würden als ihre Hamburger Parteifreunde, so daß die bremische Sozialdemokratie sich das Hamburger Zwischenstück mit den kommunistischen Bräuen und Verhandlungen ersparen kann. Da ein Zusammenwirken mit der SPD. unmöglich ist, wird sich die sozialdemokratische Fraktion nach anderen Koalitionsgenossen umsehen müssen. Unter der Parole „Für die Mehrheit und heran an den Staat“ hat die Sozialdemokratie den Wahlkampf geführt. Sie ist gewillt, die Verantwortung in der Regierung zu übernehmen und auf dem Boden der Republik auch mit anderen Parteien zusammenzuarbeiten. Eine Weimarer Koalition ist nach wie vor trotz der Verluste der Demokraten möglich, sogar stärker als in der alten Bürgerschaft, da Zentrum und Bodenreformer mit den Demokraten Fraktionsgemeinschaft bilden. Bei der bekannten Haltung der Bremer Rechtsdemokraten hat aber eine solche Koalition weniger Aussichten. Und hier beginnen die Schwierigkeiten. Die Volkspartei hat eine Blockgemeinschaft mit den Bolschewiken und den Deutschnationalen geschlossen. Sie hat dafür auch die verdiente Behandlung durch die Wähler erhalten. Die Einheitsliste, die mit Löwen und noch mehr mit Lügen in den Wahlkampf zog, ist die geschlagene. Einige der besten Männer der Volkspartei bleiben auf der Strecke. Ist die Volkspartei Bekehrungen zugänglich, so würde die Bildung einer Regierung auf der Basis der großen Koalition nicht unmöglich sein. Es ist zwar vorauszufragen, daß sich die Verhandlungen über die Regierungsbildung sich ebenso lang-

welig gestalten werden wie in Hamburg. Aber auch der verständigste Rechtsparteiler wird einsehen müssen, daß es ohne die Sozialdemokratie, geschweige denn gegen sie, nicht mehr geht.

### Wahlmüdigkeit in Hessen.

#### Nur 50 Prozent Wahlbeteiligung.

Darmstadt, 13. November.

Das vorläufige amtliche Wahlergebnis der Landtagswahlen von Hessen ist folgendes:

Sozialdemokraten	157 289 (220 108)
Zentrum	85 448 (100 384)
Demokraten	37 750 (53 301)
Landbund	61 067 (82 742)
Deutschnationale	24 013 (43 717)
Kommunisten	41 160 (53 689)
Deutsche Volkspartei	51 638 (73 930)
Volkrechtspartei	24 166 (—)

Die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen beträgt 482 531, die Wahlbeteiligung 50 bis 52 Proz.

Die Vergleichsziffern beziehen sich auf die letzte Landtagswahl, die mit der Reichstagswahl vom 7. Dezember 1924 zusammenfiel.

### Wahlmüdigkeit?

Die Wahlen zum hessischen Landtag verliefen unter einer auffallend schwachen Wahlbeteiligung.

Die Folge dieser Wahlflauheit zeigt sich im Vergleich zu den letzten Landtagswahlen am 7. Dezember 1924 in einem allgemeinen Rückgang der Stimmen für alle Parteien mit Ausnahme der Kommunisten. Prozentual am stärksten hat die Deutschnationale Volkspartei gelitten, trotzdem sie sich seit Jahren in der Opposition befindet und gegen die Sozialdemokratie die intensivste Agitation getrieben hat. Von ihren bisherigen 8 Mandaten konnte sie ganze 3 behaupten; das entspricht einem Stimmenverlust von 50 Proz.

Die Sozialdemokratie, die sich bei den Wahlen der letzten Wochen im ganzen Reich auf dem Vormarsch zeigt, hat leider auch unter der schwachen Wahlbeteiligung leiden müssen. Immerhin zeigt ein Vergleich der von der Sozialdemokratie erzielten Stimmziffern bei den Kommunalwahlen im Jahre 1925 und dem jetzt erzielten Wahlergebnis, daß die Partei ihre Stimmen gehalten hat. Aber der schon damals zu verzeichnende Stimmenverlust im Vergleich zu den Wahlen 1924 ist auch diesmal leider nicht aufgeholt worden.

Diese Wahl, die so sehr aus der allgemeinen Linie herausfällt, ist nur durch die besonderen Verhältnisse Hessens zu erklären. Hessen ist zu einem wesentlichen Teil besetztes Gebiet, seine Finanzen sind dadurch vollständig zerrüttet. Die Finanznot zwingt zur Droffe-

lung sozialer Ausgaben, dabei sind Erwerbslosigkeit und Not groß. Diese besonderen Verhältnisse erklären Stimmenverschiebungen, aber erklären sie die Wahlmüdigkeit? Man muß die Frage aufwerfen, ob diese Wahlmüdigkeit eine Kleinpartei-müdigkeit ist, ob sie der Ausdruck dafür ist, daß die Bevölkerung die Existenzberechtigung eines selbständigen Hessen verneint.

### Der neue hessische Landtag.

Darmstadt, 14. November. (Eigenbericht.)

Der gestern neu gewählte hessische Landtag setzt sich folgendermaßen zusammen: SPD. 24 (—2); Zentrum 13 (+2); Demokraten 5 (—1); Landbund 9 (—0); Deutschnationale 3 (—3); Kommunisten 6 (+2); Deutsche Volkspartei 7 (—1); Volkrechtspartei (Aufwertungspartei) 3.

### Wahlsieg in Danzig.

#### Der Rechtsblock zerschlagen. — Großer Stimmengewinn der Sozialdemokratie.

Danzig, 14. November. (Eigenbericht.)

Die Neuwahlen zum Volkstag brachten einen starken Aufschwung. Die Sozialdemokratie hat ihre Stimmzahl im Vergleich zur vorigen Wahl um rund vierzig Prozent steigern können. Die Deutschnationalen haben dagegen einen starken Verlust erlitten, ebenso die liberalen Bürgerparteien und die Kommunisten. Die bestehende Regierungskoalition der Rechten ist zerschlagen, eine neue Regierung kann nur unter Mitwirkung der Sozialdemokratie gebildet werden. Die Stimmen verteilen sich auf die einzelnen Parteien wie folgt:

	1927	1923
Sozialdemokraten	61 677 (42)	39 755 (30)
Kommunisten	11 695 (8)	14 982 (11)
Deutschnationale	35 816 (25)	41 459 (33)
Deutschnationale (Dem.)	6 200 (4)	11 009 (8)
Nationalliberale	8 329 (5)	—
Deutschnationale	2 116 (1)	10 301 (7)
Zentrum	26 090 (18)	21 114 (15)
Nationalsozialisten	1 483 (1)	—
Deutschn.-Danz. Volkspartei	8 008 (5)	7 406 (6)
Beamtenliste	4 227 (3)	—
Polen	6 585 (3)	7 212 (5)

Die Wahlbeteiligung stieg bei dieser Abstimmung auf 85 Proz. aller Wahlberechtigten. Der Wahlausfall ist eine offene Wunde an die bisherige deutschnationale Regierungspolitik. Wenn aus ihm richtige Konsequenzen gezogen werden, so wird eine Regierung aus Sozialdemokraten, den demokratischen Deutschnationalen und dem Zentrum mit Aussicht auf Dauer gebildet werden können. Diese Weimarer Koalition umfaßt 64 von insgesamt 120 Volkstagsmandaten.

# Stalin und der „Vorwärts“.

## Ein Gespräch in der russischen Botschaft.

Aus Anlaß der Moskauer Jubiläumserlichkeiten empfing Stalin eine Anzahl auswärtiger Delegierter, denen gegenüber er sich über verschiedene wichtige Fragen ausführlich äußerte. Stalin wurde u. a. auch gefragt, warum sozialdemokratische Pressevertreter in Moskau nicht zugelassen würden. Darauf antwortete er nach dem Bericht der „Inprekor“ folgendes:

Wollte die sozialdemokratische Presse im Auslande, besonders der Berliner „Vorwärts“, durch ihre ungeheuerlichen Verleumdungen gegen Sowjetunion und deren Vertreter eine ganze Reihe bürgerlicher Blätter übertreffen hat. Wollte eine Reihe bürgerlicher Blätter, wie z. B. die „Bolsche Zeitung“, sich im Kampfe gegen die Sowjetunion bedeutend „objektiver, anständiger“ benimmt als der „Vorwärts“. Dies mag „sonderbar“ erscheinen, doch ist dies eine Tatsache, die man in Betracht ziehen muß.

Wenn der „Vorwärts“ sich nicht schlechter benehmen würde als manche bürgerlichen Blätter, so würde seinen Vertretern gewiß ein Platz neben Vertretern anderer bürgerlicher Blätter eingeräumt werden.

In diesen Tagen richtete ein Vertreter des „Vorwärts“ an einen Angestellten unserer diplomatischen Vertretung in Berlin die Frage, unter welchen Bedingungen einem Korrespondenten des „Vorwärts“ die Einzelgenehmigung für die Sowjetunion gegeben werden würde. Darauf sagte man ihm: „Wenn der „Vorwärts“ tatsächlich

beweisen wird, daß er bereit ist, sich gegenüber der Sowjetunion und ihren Vertretern nicht schlechter zu benehmen als eine „anständige“ liberale Zeitung, wie z. B. die „Bolsche Zeitung“, so wird die Sowjetregierung gegen die Entreise eines Korrespondenten des „Vorwärts“ in die Sowjetunion nichts einzuwenden haben.“ Ich glaube, daß diese Antwort durchaus verständlich ist.

Wir sind dem Generalsekretär der russischen Kommunistischen Partei sehr dankbar, daß er auf diese Weise vertrauliche Unterhaltungen in die Öffentlichkeit gebracht hat, deren öffentliche Erörterung uns nur recht sein kann. Berücksichtigend sei jedoch vorausgeschickt, daß diese Unterhaltungen nicht von einem „Vertreter des Vorwärts“ geführt wurden, sondern von einem Parteigenossen, der durchaus aus eigener Initiative handelte, danach aber die Redaktion in vollster Loyalität über das Besprochene unterrichtete.

Die Bemühungen dieses parteigenössischen Mittelmannes gingen dahin, zwischen der herrschenden Partei Russlands und der deutschen Sozialdemokratie ein besseres Verhältnis herbeizuführen. Das ganze Problem wurde zwischen ihm und der Redaktion des „Vorwärts“ durchgesprochen. Es wurde ihm dabei gesagt, daß seine Bemühungen ganz in der Richtung unserer eigenen Wünsche liegen und daß wir es als einen durchaus anormalen Zustand betrachteten, wenn das kommunistisch regierte Rußland zu bürgerlichen Re-

gierungen, zur bürgerlichen Presse, zu kapitalistischen Konfessionen, ja sogar zur deutschen Reichswehr bessere Beziehungen unterhalte als zur deutschen Arbeiterbewegung, die doch einmal in ihrer Masse von der Sozialdemokratie repräsentiert sei. Allerdings fügten wir hinzu, daß dieser anormale Zustand im Wesen des russischen Kommunismus seine Wurzel habe, denn so lange der russische Kommunismus dabei bleibe, seine Methoden der europäischen Arbeiterbewegung aufzuzwingen zu wollen, sei der Kampf gegen die Sozialdemokratie für ihn eine Lebensnotwendigkeit.

Im Verlauf dieser, wie gesagt in der Redaktion des „Vorwärts“ und unter Parteigenossen geführten Unterhaltung war auch die Sprache darauf gebracht worden, daß die ganze bürgerliche Presse Deutschlands einschließlich der ultrareaktionären Hugenberg-Presse in Rußland zugelassen sei, nur die sozialdemokratische Presse nicht.

Dieser in der Redaktion geführten Unterhaltung folgte eine Besprechung in der russischen Botschaft, über die wir erst unterrichtet wurden, nachdem sie stattgefunden hatte. Insbesondere war in keiner Weise ein Auftrag erteilt worden, sich nach „Bedingungen“ zu erkundigen, unter denen ein Vertreter des „Vorwärts“ in Moskau zugelassen werden könnte. Abgesehen davon ist uns über den Verlauf dieser Besprechung wortgetreu dasselbe mitgeteilt worden, was jetzt Stalin in Moskau berichtet hat.

Die Redaktion des „Vorwärts“ hat dem parteigenösslichen Mittelmann für seine Bemühungen gedankt und ihm zur Weitergabe folgendes erklart:

Das Interesse des „Vorwärts“ an der Errichtung einer ständigen Vertretung in Moskau ist unter den gegebenen Umständen nicht allzu groß. Ein ständiger Vertreter in Moskau müßte entweder auf die Wünsche der dortigen Regierung weitgehende Rücksicht nehmen oder aber er könnte in Konflikt mit ihr geraten, was die Beziehungen zwischen dem russischen Kommunismus und der deutschen Arbeiterbewegung nur verschlechtern würde. Viel erwünschter ist die Möglichkeit häufigerer Studienreisen, über die dann nach der Rückkehr ganz unabhängig und objektiv berichtet werden kann.

Wenn die russische Regierung einen Vertreter des „Vorwärts“ in Moskau zulassen will unter der Bedingung, daß das Blatt gewisse für sein „Wohlerhalten“ erbringt, so lehnen wir ein solches Angebot entschieden ab. Würde die deutsche Regierung die Zulassung eines ausländischen Berichterstatters von ähnlichen „Bedingungen“ abhängig machen, so würden wir sie deswegen aufs schärfste angreifen. Kein anständiges Blatt kann sich Bindungen auferlegen für die Erlaubnis, in einer ausländischen Hauptstadt einen Korrespondenten unterhalten zu dürfen. Der „Vorwärts“ hat das Bestreben, die Zustände und Ereignisse in Rußland völlig objektiv zu würdigen. Seine Redaktion möchte aber nicht den Eindruck erwecken, als wolle sie sich durch „Wohlerhalten“ die Gunst der Moskauer Regierung und die Zulassung eines Korrespondenten in Moskau verdienen. Dergleichen lehnt sie rundweg ab.

Im übrigen hat sich Stalin, der wahrscheinlich keine Zeit hat, den „Vorwärts“ selbst zu lesen, eine grobe Unwahrheit aufzubringen lassen, wenn er behauptet, wir betrachteten es als unsere Aufgabe, die Sowjetunion „ungeheuerlich zu verleumdern“.

Solange man uns Sozialdemokraten „Verräter“ schimpft, weil wir nicht alles so machen wollen, wie es in Rußland gemacht worden ist, bleibt uns die Pflicht, darauf hinzuweisen, daß auch die russischen Methoden ihre starken Schattenseiten haben. So lange die deutschen Kommunisten fortfahren, Rußland als das Paradies der Arbeiter hinzustellen, bleibt notwendig zu sagen, daß das eine Lüge ist.

In Rußland ist man aber gegen eine Kritik, die sich jede andere Regierung überall, auch im eigenen Lande, ohne weiteres gefallen lassen muß, überaus empfindlich. Man wünscht, als unsehbar bewundert zu werden. Diesen Gefallen können wir der russischen Regierung nicht tun. Viel

eher kann das die deutsche bürgerliche Presse, die entweder aus außenpolitischen oder aus kapitalistisch-geschäftlichen Gründen auf gute Beziehungen zu Moskau großes Gewicht legt. Darum ist auch der „Berliner Lokal-Anzeiger“ in Moskau beliebter als der „Vorwärts“.

Den deutschen Sozialdemokraten bekommt es nicht gut, wenn sie sich bemühen, die Beziehungen zwischen ihrer Partei und dem russischen Kommunismus zu verbessern. Dann heißt es stets in der kommunistischen Presse, der russischen wie der deutschen, die Sozialdemokratie sehe jetzt die Weltrevolution mit Riesenschritten heranziehen, und in ihrer fürchterlichen Angst davor, bitte sie bei den großmächtigen Kommunisten um gutes Wetter.

Natürlich können solche Absichten uns nicht daran hindern, an der Grundlinie unserer Politik festzuhalten, die auf ein besseres Verhältnis gerichtet ist. Das Befragte genügt aber, um darzutun, daß von russischer Seite bisher alles getan worden ist, um ein solches besseres Verhältnis unmöglich zu machen. Solange es den Moskauer nicht genügt, Rußland zu regieren, solange sie auch uns regieren wollen, wird sich an diesen unelendlichen Zuständen auch kaum etwas ändern lassen. Erst wenn man drüben einsehen wird, daß unsere Methoden nicht die russischen sind und die russischen nicht sein können, fängt die Möglichkeit des besseren Verhältnisses an.

## Vor dem Ausschluß Trozki.

Die Zentralkontrollkommission hat den Ausschluß bereits beschlossen.

Die Zentralkontrollkommission der kommunistischen Partei der Sowjetunion hat, wie der „Ostpreß“ mittels des Ausschluß der Oppositionsführer Trozki, Sinowjew, Radek, Smilga, Ramenew und Probozschenski aus der Partei beschlossen. Der Beschluß bedarf der Bestätigung des Zentralkomitees.

Ausschluß aus der Partei bedeutet für die Oppositionsführer den politischen Tod. Eine legale politische Tätigkeit kann nur von Mitgliedern der kommunistischen Partei ausgeübt werden. Illegale politische Tätigkeit der Oppositionsführer verstößt nach dem Ausschluß gegen die Sowjetgesetzgebung und zieht automatisch das Eingreifen der GPU, Verhaftungen und Aburteilungen nach sich.

Gegenüber Gerüchten, daß Trozki aus Rußland entflohen sei, stellt die IL fest, daß Trozki noch am Sonnabendabend vor dem Großen Theater in Moskau eine öffentliche Ansprache gehalten habe, an deren Fortsetzung er schließlich von Polizisten der GPU verhindert wurde.

## Attentat auf Obregon.

Der Expräsident leicht verletzt, seine Begleiter schießen auf die Täter.

Mexiko, 14. November.

Als der ehemalige Staatspräsident Obregon sich in einem Kraxenwagen nach der Stierkampfarena begab, wurde eine Bombe gegen ihn geschleudert. Die Schelle des Bindfingers wurde zerschmettert und die Glasplättchen zerlegten den Präsidenten an der Wange. Die Begleiter Obregons, die in zweitem Wagen folgten, gaben auf zwei Personen, die die Bombe geworfen haben sollen, Schüsse ab und verwundeten sie, eine dritte Person wurde verletzt. Die Polizei untersucht, ob das Attentat von Verschwörern verübt wurde. Obregon blieb vollkommen gelassen; legte seine Fahrt nach der Arena fort und wohnte dem Stierkampf bis zum Ende bei. Als Präsident Calles, der ebenfalls in der Arena anwesend war, von dem Vorfall erfuhr, sprach er Obregon seine Glückwünsche aus.

Der italienische Grabsteinbruch für Süditalien verbietet für neue Grabsteine deutsche Inschriften; nur den Zwang, alte Grabsteine zu übersehen, enthält er nicht. Die (dementierte) Schande ist also wahr, nur ihre Steigerung zur Grabhändlung war eine Uebertreibung, die aber nach allem Erlebten durchaus begreiflich ist.

## Vorwärts auch in Mecklenburg!

Große Mandatsgewinne der Sozialdemokratie. — Einkommensmehrheit in Güstrow.

Rostock, 14. November. (Eigenbericht.)

Die Ergebnisse der Kommunalwahlen in mehreren Mecklenburger Städten bestätigen den starken Aufstieg, den die Sozialdemokratie in diesen Landesteilen während der letzten Zeit verzeichnen konnte. Gewählt wurde gestern in Rostock, Güstrow und Warnemünde. Ueberall kann die Sozialdemokratie große Stimmen- und wichtigen Mandatsgewinne verbuchen, und zwar hauptsächlich auf Kosten der bürgerlichen Rechtsparteien, denen es nichts half, daß außer der bürgerlichen Einheitsliste auch Splittergruppen des Mittelstandes und der Hausbesitzer auslachten und Sitze eroberten. Im Stadtparlament Güstrow, wo die Sparte (Volkswohlfahrtspartei) die Linke unterführt, hat die Wahl eine Einkommensmehrheit gebracht. In Rostock sind die Völkischen, die im letzten Stadtparlament noch 6 Mandate besaßen, auf ein Drittel zusammengesunken worden.

In Rostock brachte die Sozialdemokratie statt bisher 10 338 Stimmen deren 15 124 auf und steigerte so ihre Mandatsziffer von 19 auf 26. Der Stimmenzuwachs der Sozialdemokratie beträgt somit fast 50 Proz. Die Kommunisten gingen dagegen von bisher von 3 auf 3 Mandate zurück und büßten von ihren 2006 Stimmen bei der letzten Stadtverordnetenwahl über 800 ein. Die bürgerliche wirtschaftliche Arbeitsgemeinschaft ging geradezu katastrophal zurück. Sie konnte von ihren 20 Mandaten ganze 13 retten. Auch die Völkischen verloren von ihren 6 Mandaten 4. Die Demokraten verloren von ihren bisherigen 2 Mandaten 1.

In Warnemünde, wo das Stimmverhältnis zwischen den drei beteiligten Parteien sich gegen 1924 nur wenig verändert hat, erhöhte die Sozialdemokratie ihre Stimmenzahl von 882 auf 1034 und behält damit ihre zwei Mandate. Die Wirtschaftliche Einheitsliste behält ihre drei, die Beamtenliste ihr ein Mandat wie bisher.

In Güstrow hatten die Wahlen folgendes Ergebnis: Sozialdemokraten 3994 (letzte Stadtverordnetenwahl 1924: 3093), Gruppe für Volkswohlfahrt (Wieter) 829, Kommunisten 443 (446), Bürgerliche Einheitsliste 3644 (3917), Sozialwirtschaftliche Arbeitsgemeinschaft 485. Danach werden sich die Sitze in der Güstrower Stadtverordnetenversammlung voraussichtlich wie folgt zusammensetzen: Sozialdemokraten 14 (13), Gruppe für Volkswohlfahrt 2 (—), Kommunisten 1 (1), Bürgerliche Einheitsliste 12 (16), Sozialwirtschaftliche Arbeitsgemeinschaft 1 (—).

## Zur Notiz für Mussolini.

Marinkowitsch erläutert den Vertragsschluß mit Frankreich.

Paris, 14. November. (Eigenbericht.)

Der südlawische Außenminister Marinkowitsch hat dem „Quotidien“ erklärt, daß Frankreich und Jugoslawien für sich selbst keinen besonderen Vertrag notwendig gehabt hätten, denn sie seien über ihre Politik einig. Ein vertragloser Zustand werde den Verdacht entstehen lassen können, daß ein Geheimvertrag bestünde und vielleicht als Schwäche und Ungenügsamkeit ausgelegt werden könnte. Frankreich und Jugoslawien hätten es für besser gehalten, öffentlich zu proklamieren, wie weit die Grenzen ihrer Konzeption im Interesse des Friedens gehen. Weiter hob der Minister hervor, daß Mussolini den südlawischen Gesandten in Rom zwei Monate wartete, ehe er ihn zu einer Besprechung empfing; das zeige die Schwierigkeit des Verhandels mit Italien.

Ministerialrat Genoffe Goslar bittet uns mitzuteilen, daß er mit einem Herrn Goslar, der die augenblicklich an zahlreicher Stellen zur Verhinderung gelangenden Kurze, Druckachen und Zirkulare für Geldsammlungen des Kampfbundes gegen Kulturreaktion unterzeichnet, nicht identisch ist. Er habe keinerlei Beziehungen zu diesem Bunde.

## Die Hannoveraner.

Lanzmatinee der Volksbühne.

Das Parteil des Balletoplas, Theaters blieb einem Tänzerkongreß. Aus ganz Deutschland waren sie gekommen, um die Hannoveraner mit ihren Hannoveranern zu leben.

Die Tanzgruppe, die die Georgi am Städtischen Theater Hannover leitet, hat sich aus Ballettresten entwickelt. Diese sind, namentlich bei den weiblichen Mitgliedern, noch nicht ganz aufgezehrt. Moderne Technik, aber Vorliebe für pantomimische und dekorative Formen. Die Gruppe, als Schöpfung der Hoome, ist noch jung. Jünglings in ihrer Hingabe und Begeisterung. In Übung begreifen. Noch nicht ganz fähigsten im Zusammenhänge. Den Rhythmus mangelt zuweilen — wenn man so sagen darf — einseitige Applaud, der einheitliche Geist der von innen wirkende Harmonie schafft. Das trat namentlich in einer ultigen „Männerprozesse“ zutage, die, in straffen, kurzen Reihenbewegungen auf Girt-Wirkung eingestellt und reich an originellen choreographischen Motiven, tänzerisch nicht reiflos bewältigt wurde. Viel besser gelang der „Festliche Tanz“, mit dem drei Tänzer und sechs Tänzerinnen die Routine einleiteten. Ein erster, fast kultischer Auftakt in gehaltenen Rhythmen und streng symmetrischem Aufbau. Hier vollzog sich die einfache Gruppenentwicklung in diagonalen Reihen mit wechselnden Fronten losdeslos. Außer diesen beiden Gruppenanzügen brachte der erste Programmteil vier Sätze der Georgi. Als Mittel- und Gipfelpunkt den herrlichen „Tanz der Salsome“, den wir neulich im Theater am Rollendortplatz zum erstenmal sahen. Tiefste Geheimnisse der Menschennatur entscheidend. Zweipolig zwischen dem barbarischen Halbier, das um der Kopf des Täufers launt, und der hochentwickelten Kultur altorientalischer Tanzkunst. Beide Elemente kommen zur Geltung Wechselnd. Die Barbarin in hemmungsloser Wildheit, triebhaft mit gestrahlten Fäustern, wälzt sich am Boden. Dann Aufrufen zur Arbeit eines wohlgeformten Tanzes. Eine Reihe umflehender, blühender Rhythmen. Und wieder Vertreten in den Raum wiederholter Effekte, und wieder Sammlung zum bewußt raffinierten, lodenden, beizenden Tanz. Als Komposition ein Wunderwerk. In der Vorführung durch die Georgi, in deren Blut sich witterlicherweis arabisches Element mischen, eine einzig dastehende Meisterleistung. Vorher, in ihrer zwispaltigen Formung der Solome ähnlich, eine „Mazurka“. In prächtigen orientalischem Kostüm. Große Dreiprinze und Schürzenhölle. Entspannung aller Glieder. Taumeln in schaukelnden Schritten. Kolossalische Sprünge, wilder Wirbel. Wäghlich Bederrichtung, sich abgebrochene Schwünge, tiefe, reine Gestaltung der tänzerischen Rhythmen. Ein „Recluse“, trotz gelegentlicher Ueberricht der Anie, und Fußgelenke, weich und zugleich kraftvoll, mit wunderpollem Aufwärtsklimmen der gradus ausdruckstarken Hände, mit trocken, schwelenden Seitenschritten und Ausflügen in herrlicher Attitüde. Und zum Schluß ein „Fest-tanz“. Feierliches Aufschweben, freilebendes Laufen, anmutig sich öffnende Formen.

Der zweite Teil des Programms brachte die „Mélienne“, ein Tanzspiel der Georgi mit Musik von Bizet. Streng, klar,

lauber in der Choreographie wie in dem Aufbau der dreifach gestaffelten Treppentänze und den großen, eindrucksvollen, blauweißen Farbensätzen des Szenenbildes. Die auf diesem „europäischen Gesand“, besonders schwierigen Probleme der Gruppenabliederung, -teilung, -haltung vollkommen gelöst. Der Stil nicht streng abstrakt, wie die Gruppenanzüge der Wigman, Skoronel oder Palucca, sondern weich, gelindert und nach meinem Gefühl zuweilen zu dekorativ. Jedemfalls von stärkster Theaterwirkung. Und höchster künstlerischer Bollendung. Geschickter Wechsel von Gruppen-, Zwei- und Einzeltänzen. Die Bühne in jedem Augenblick ein einheitlicher, lebendiger Organismus. Die Bewegungen des einen Teiles stets durch die aller anderen bedingt. Das Auf- und Niederkommen, das Durcheinanderfliegen, das dynamische Anschwellen und Bereiben aufs feinste berechnet und abgestimmt. Die Wirkung war ein ununterbrochenes rhythmisches Flutbild, das von der Bühne in den Zuschauerraum strömte und alles in keinen Zaubertanz zog. In diesem Rahmen als Mittelpunkt zu nennen ein Zweitanz, den die Georgi mit Werner Stammer (früher in Hannover, jetzt am Göttinger Stadttheater) produzierte; dramatisch beginnend mit harten Armwühlungen und starken Schritten, dann zarter, weicher, lyrischer werdend und mit den starken Anfangsrhythmen abschließend.

Der Beifall des Publikums war nach allen Programmnummern sehr stark und steigerte sich nach Schluß der „Mélienne“ zu stürmischen Rundaebungen. Neben Hoome und ihrer Tänzerin formten auch die vorzeffenden musikalischen Begleiter Friedrich Willens und Georg Meyer den mehrverdienten Dank entgegennehmen.

John Schifowski.

Joseph Plaut im Schiller-Saal. „Jonny spielt auf“ ist die Novität des Programms, allerdings handelt es sich um keine Persiflage auf das Bert Krenels. Plaut übernimmt nur den Schläger „D. Riß Anne“ und komponiert eine Jazzopelle um diesen sanigen Vers. Kleine und ausgewogene Saxophone heulen durch sämtliche Oktaven, die Stimme rückt bald in den Bass und bald ist sie ein muskelstarker Tenor. Selten glänzte Plaut mit derselben beiztrickenden Virtuosität, selten war er so groß im Parodistischen. Das Lächerliche dieser Jazzübung liegt er unter Scheinwerferbeleuchtung, und der Zuhörer bedauert, daß der Jazz nicht mit der Länge des „Ribelungengesangs“ aufwarten kann. Daneben stehen keine Skizzen des Amerikaners Stephan Leacock, des Russen Anton Uschakov, aus denen Plaut Szenen von kammerpielerartigem Charakter macht, und wie immer ist er bei Änderungen von stiller Zurückhaltung, untafelst art und vorsichtig die Umrisse dieser beinabe verbrechlichen Lorit in Prosa. Maria Plaut-Schneider singt keine Dinge von Suppe und Willäder, ohne in Kabarettbildung zu fallen, aber das schöne Lied von der Jugendzeit klingt etwas unterdrückt mehrseitig. Benedictus Mann, der Begleiter am Klavier, spielt ein paar musikalische Grotesken, kurze, gut pointierte Wize. Im ganzen ein unterhaltender Abend, an dem man von Herzen lachen kann.

H. S.

Heber Goethe und Kell wird Prof. Dr. Georg Wende-Pouet bei der Ortsgruppe Berlin der Goethe-Gesellschaft im großen Saal des Oberverwaltungsgerichts, Seidenbergstr. 31, am 15. 1924, 8 Uhr.

Die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft hat auf ihrer Stuttgarter Hauptversammlung folgende Entschlieung an die Reichsregierung gerichtet: „Die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft dankt anlässlich ihrer Stuttgarter Hauptversammlung vom 12. und 13. November der Reichsregierung und den gelehrenden Körperschaften für die Förderung, die die deutsche Wissenschaft in den letzten Jahren trotz der gespannten Finanzlage erfahren hat. Nur so war es möglich, den wissenschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands in Angriff zu nehmen. Das hoffnungsvoll Begonnene würde in Frage gestellt und jeder Versuch, im Weltkampf der Nationen erfolgreich mitzuwirken, unmöglich gemacht werden, wenn jetzt eine Kürzung der an sich bestehenden Mittel in Reich und Ländern eintrete. Zur Erhaltung der menschlichen Arbeitskraft, zur Wiederherstellung und zum Schutze der Volksgesundheit, zur Entwidung der Technik, zur Erhaltung der Wirtschaft für die gewaltigen Leistungen, die von ihr verlangt werden, ist die Führung und sind die Ween der Wissenschaft unentbehrlich. Diese Erkenntnis ist Gemeingut aller Kulturvölker. In dieser tieferrniten Stunde richtet die Gesamtheit der in der Notgemeinschaft vereinigten Vertreter der deutschen Wissenschaft und Technik die dringende Mahnung an die Reichsregierung und die gelehrenden Körperschaften, die bisher gewährten öffentlichen Mittel in unverkürzter Höhe zu erhalten.“

Eröffnung des Pariser Herbstsalons. Dieser Loge wurde die 20. Herbstsalonsausstellung eröffnet, an der sich auf Einladung der Ausstellungsleitung auch die Berliner Sezession mit 31 Bildern und 12 Skulpturen beteiligt hat. Eugen Spiro und Wily Jäkel sind persönlich anwesend, um in dem kleinen Salon, der den deutschen Künstlern zugewiesen ist, die Honneurs zu machen. Reichhalter v. Hoersch wohnte der Eröffnung der deutschen Ausstellung bei, die starkes Interesse fand. Unter den Ausstellern seien genannt Louis Corinth, Max Bedmann, Wily Jäkel, Paul Riee, Leo v. König, Bruno Krausopf, Max Fechtstein, der Münchener Georg Schrimpf, Lesser, Ura, Rudolf Leon, George Grosz und die Bildhauer Georg Kolbe und Josef Thorak. Unabhängig von der Sezession hat sich ein junger deutscher Bildhauer Johannes Umaci mit zwei Skulpturen an der Ausstellung beteiligt, dessen Werke bereits im vorigen Jahr die Aufmerksamkeit des französischen Publikums gefunden haben.

Kampf gegen die Clique in Wien. Gegen das Treiben der Clique, die an der Wiener Oper in letzter Zeit eine sehr auffällige Rolle spielt, wird jetzt ein ernsthafter Kampf organisiert. In einer Umfrage haben sich eine Reihe von Sängern sowie der Komponist Franz Glawatz an der Angelegenheit geäußert und burdwäg die Inanspruchnahme der Clique grundbänglich abgelehnt und sich zum Teil scharf gegen die mit dieser Einrichtung verbundenen Erprobungsgewohnheiten gewandt.

Berichtigung. In unserer Kritik über das Schiller-Theater (Sonabendnummer) ist von dem „Gesetz der Vergänglichkeit aller Substanzen“ die Rede. Das ist ein Druckfehler, gemeint ist natürlich die Unvergänglichkeit der Materie.

Die Palucca tanzt nochmals am 19., 20. Uhr, im Saal-Saal.

# Ein Mörder?

## Eine schwere Selbstbeziehung.

Am Sonnabend spät abends erschien ein Student der Medizin Ahmed R. aus Kairo, der in der Laubacher Straße 33 wohnt, bei der Kriminalpolizei in Wilmersdorf. Er gab an, daß er seinen Freund, einen 20 Jahre alten aus Alexandria gebürtigen Jemal R. umgebracht, die Leiche zerstückelt und beseitigt habe. R., den er seit einhalb Jahren kenne, sei vor 14 Tagen wieder nach Berlin gekommen, um sein Medizinstudium fortzusetzen, und habe sich zeitweilig bei ihm aufgehalten. Er sei auf seinen Freund eifersüchtig geworden, weil er ihm ein Mädchen abspenstig gemacht habe. Um ihn zu bestrafen, habe er ihn in seine Wohnung eingeladen, ihn mit Wein beglückt gemacht, und ihm dann eine Flasche Zysol gereicht, deren Inhalt der Angeklagte denn auch bis auf ein Drittel geleert habe. R. sei unter der Wirkung der ätherischen Flüssigkeit zusammengebrochen. Jetzt habe er ihn solange bearbeitet, bis er tot gewesen sei. Die zerstückelte Leiche habe er weggeschafft. Seine Wirtin habe von der Anwesenheit des Freundes nichts gemerkt und von den weiteren Vorgängen auch nichts gemerkt. — Die Kriminalpolizei bezog sich sofort nach der Wohnung, fand dort aber nicht die geringste Spur eines Verbrechens. Die Wirtin befand sich, daß ihr Mieter den ganzen Tag über zu Hause gewesen sei, sich eingekoffen und überhaupt keinen Besuch erhalten habe. Wein oder andere Spirituosen habe er nie in seinem Zimmer gehabt, auch sei nicht in der Wohnung. Ahmed R. wurde aber trotzdem der Mordinpektion vorgeführt. Diese stellte fest, daß sein Freund R. einmal nach Berlin hat kommen wollen, daß ihm jedoch die Einreiseerlaubnis verweigert worden ist. Er ist deshalb nach Wien gegangen. In Berlin hat ihn keiner der Landeskonsule des R. gesehen. Obwohl auch diese an dem Studenten nichts Auffällendes wahrgenommen haben, so muß man doch annehmen, daß er in geistiger Verwirrung sich selbst falsch bezeugt hat. Der junge Mann wurde der Sicherheitspolizei übergeben, um auf seinen Geisteszustand untersucht zu werden.

## Schwerer Autounfall in Berlin N.O.

In der Sonntagsnacht ereignete sich kurz nach 24 Uhr vor dem Hause Friedenstraße 24 in unmittelbarer Nähe des Landberger Platzes ein schwerer Zusammenstoß zwischen einer Straßenbahn der Linie 1 und einer mit zwei Personen besetzten Kraftdreifache. Der Führer des Autos versuchte, seinen Wagen kurz vor der herannahenden Straßenbahn nach über die Gleise zu bringen; er hatte jedoch die Einseitigkeit unterläßt, und die Straßenbahn fuhr mit großer Wucht auf das Auto auf. Der Anprall erfolgte mit solcher Gewalt, daß das Auto völlig zertrümmert wurde und sämtliche Fenster Scheiben der Straßenbahn zerplitterten. Während die Fahrgäste der Straßenbahn mit dem Schrecken davonkamen, wurden die Insassen des Autos, ein Ehepaar R. aus der Kirchstraße 12, und der 33jährige Chauffeur August Zimmermann aus der Kolonnenstraße 24 schwer verletzt. Die Verunglückten wurden durch das Städtische Rettungswesen in das Krankenhaus am Friedrichshain gebracht, wo Frau R. und Zimmermann sehr bedenklich darniederliegen. Der Unfall hatte eine Verkehrsstörung von einhalbstündiger Dauer zur Folge. Während dieser Zeit war der Straßenbahnverkehr in beiden Richtungen lahmgelegt.

## 3. Kongress für alkoholfreie Erziehung.

Die Reichshauptstelle gegen den Alkoholismus hat zusammen mit der Reichsarbeitsgemeinschaft für alkoholfreie Erziehung zu einem Kongress aufgerufen, der unter dem Protektorat des Reichsaussäuers, Reichsministers des Innern und des Reichstagspräsidenten steht und vom 14. bis 16. November in Berlin tagt. Am Sonntag fand im großen Saale des Reichswirtschaftsamtes die feierliche Eröffnung statt. Die Reichs- und Staatsbehörden waren zahlreich vertreten, ebenso verschiedene Bundesstaaten, der Städtetag, Fürstbischöfliche, Lehrer- und Elternverbände, der Reichsausschuss der Deutschen Jugendverbände. Auch aus Substanten Deutschland, Deutschösterreich, Holland und der Schweiz waren Abgesandte erschienen. Nach einer musikalischen Einleitung eröffnete Prof. Dr. e. h. Ganser den Kongress und gab einen Überblick über die Bewegung, in die Deutschland erst später eingetreten sei als andere Völker. Er wies nach, daß bei allen erfreulichen Anzeichen von Besserung und großer Anerkennung man doch in vielen Kreisen noch keinen Anfang zur Tat verspüre. Es folgten ein Anzahl Begrüßungsansprachen, u. a. von dem Vertreter des Reichsministeriums des Innern und dem des Ministeriums für Volkswirtschaft. Von Heßen, Darmstadt, Hamburg und der Universität Münster sprachen Abgesandte. Der Vertreter der Jugend forderte, daß man den Jugendlichen eigene Heime schaffe, in denen sie geborgen sei und sich auf jugendliche Art erholen könne. Präsident a. D. Prof. Dr. Strecker hielt den Eröffnungsvortrag: Verantwortung der Staats-, Verantwortlichkeit der Jugend. Am Abend fand eine Rundgebung der Jugend im Herrenhaus statt, bei der Thilo Scheller, Maria Lehne und Berner Krudenberg sprachen. Sie nahen einen verheißungsvollen Verlauf. Die nächsten Tage bringen Sitzungen im Langenbeck-Birchow-Haus in der Luisenstraße 58, beginnend um 9 und um 15 Uhr.

## Gauversammlung des Reichsbanners.

Der Gau Berlin-Brandenburg des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold hielt unter Beteiligung von 260 stimmberechtigten Delegierten seine Gauversammlung im ehemaligen Herrenhaus ab. 125 Anträge lagen allein der Gauversammlung vor, mit denen sich im Geschäftsbericht die Kameraden Siering, Reibhardt, Oberst Lange, Fechner und Rowod beschäftigten. Im Laufe des Geschäftsberichts ging der Gauvorsitzende Siering auf das Verhältnis des Reichsbanners zu den politischen Parteien ganz besonders ein. In scharfen Worten wandte sich der Fechner gegen den Landesbeauftragten der Provinz Brandenburg, der das Reichsbanner als eine parteipolitische Organisation betrachtet. Aufgabe des Reichsbanners muß es sein, solchen reaktionären Bemühen des Handwerks zu legen. Mit dem Roten Frontkämpferbund kann es keine Zusammenarbeit geben. Der Geschäftsführer Reibhardt führte in seinem Bericht aus, daß es mit der Organisation vorwärts gehe. Viele Neugründungen von Ortsvereinen fanden in der letzten Zeit statt. Ueber technische Angelegenheiten berichtete Oberst Lange. Den Kassenerbericht gab der Kassierer Fechner. Im Bericht über die Presse wandte sich Rowod gegen die rechtsgerichtete Tendenz der Kreisblätter auf dem Lande. Ueber den Geschäftsbericht gab es eine längere Debatte, in der besonders die Rede des Kameraden Künstler zu erwähnen sei. Künstler wandte sich gegen einen Beschluß des Bundesvorstandes, der besagt, daß der 9. November nicht mit Beisein des Reichsbanners gefeiert werden dürfe. Wir wollen auch im Reichsbanner freudig des Geburtstages der Republik gedenken.

Die Wahlen zum Gauvorstand hatten folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender: Siering; 2. Vorsitzender: Dr. Großmann; 1. Schriftführer: Rowod; 2. Schriftführer: Feist; Kassierer: Fechner; Beisitzer: Künstler und Grobdeis; Technischer Beisitzer: Oberst Lange; Geschäftsführer Reibhardt und fünf Kameraden aus der Provinz.

## Der unzulängliche Stadtbahnbetrieb.

Von der Arbeiterschaft eines Betriebes in Lichtenberg gehen uns wiederum Beschwerden über den mangelhaften Stadtbahnbetrieb in den Morgenstunden zu. Man schreibt uns: Unerträgliche Verkehrsverhältnisse sind in den Morgenstunden, besonders in den Spitzenzeiten 6.30 und 6.50 auf der Stadt- und Ringbahn von Bahnhof Jungfernheide bis zum Silesburg zu verzeichnen. Aus den starkbevölkerten Arbeiterquartieren ist der Zustrom auf den Bahnhöfen Wedding, Gesundbrunnen und Schönhauser Allee um diese Zeit besonders stark. Die gefüllten Züge können die Menge der Andrängenden nicht auf-

# Abschluß der Werbewoche.

## Revolutionsfeiern der Jugend.

Die Vorbereitungswoche wurde am Sonntag mit zahlreichen Kundgebungen der Partei und der Kulturorganisationen abgeschlossen. Auch diese Feiern standen im Zeichen der Sammlung der proletarischen Kräfte in der Organisation. Die Jugend führte zum ersten Male geschlossen ihre älteren Mitglieder der Partei zu. In einer stark besuchten Revolutionsfeier und Parteiverammlung fand die Jugendgenossen im Mercedespalast, Reutkölln. Mit dem Gesangsvortrag „Hoff erwache“ begann die Feier. Dann wurde der Film aus dem Theaterstück „Hoppla, wir leben“ vorgeführt. Max Westphal hatte die Festansprache übernommen. Anknüpfend an den Film sprach er von den großen Kämpfen der Arbeiterschaft, um die Mächte von gestern niederzuhalten. Die Jahre von 1918 bis 1924 haben der Arbeiterschaft schwere Rückschläge bereitet. Wir haben im nächsten Jahr Wahlen, nicht nur in Deutschland, auch in Frankreich und England. Ueberall wird die Jugend an der Seite der älteren Genossen unermüdet tätig sein, um den Einfluß der Arbeiterschaft auf die Parlamente und Regierungen zu stärken. Vom Wollen der Partei sprach er zu den Hunderten, die gestern geschlossen ihren Eintritt in die Partei vollzogen haben. Stürmischer Beifall dankte ihm, als er von der Pflicht des Jungen sprach, an der Seite des Alten in der Partei mitzukämpfen. Nach ausgezeichneten Vorführungen des Sprechchors der Arbeiterjugend wurde diese Kundgebung mit dem Gesang der Internationale beschlossen.

## Bei den Kinderfreunden.

Ein somiger Herbsttag war es, als gestern, Hunderte von roten Fahnen zu Haupten, Berlins Arbeiterjugends und Arbeitermädchens unter Führung der Kinderfreunde die Toten der Revolution ehrten und Gruppe Blumen an den Gräbern im Friedrichshain niederlegten. Eine stimmungsvolle Feier im Märchenbrunnen am Friedrichshain schloß sich an. Brachpöhl sang, von allen gefungen, das Lied der Wiener Arbeiter, das die Kinder in ihrem Kieler Zeltlager gelernt hatten: Wir sind das Bauvolk der kommenden Welt! Genosse Reichstagsabgeordneter Löwenthein meisterte mit Geschick die schwere Aufgabe, den Kindern Verlauf und Ziel der Revolution lebendig vor Augen zu führen. Sehr gut klangen dann die kleinen Sängern vom Prenzlauer Berg das Gedicht für die Revolutionsfeier. Nebenbachs gekraffter, auch den Kindern wohlverständlicher Sprechchor wurde mit Schwung und Begeisterung vorgelesen. Die Inter-

nehmen, und fast täglich ist zu beobachten, daß Fahrgäste, auf den Trittbrettern stehend, einen Teil des Weges bei halbgeöffneter Tür zurücklegen müssen, weil es den im Wagen befindlichen Personen nicht möglich ist, auch nur ein soziales Zusammenwürden, um den Platz zu räumen. Außer dieser Gefahr sehen die Mitfahrenden auf die vorüberrollenden Güterzüge, in welchen mit vieler Sorgfalt das Vieh zum Schlachthof gefahren wird. In jedem Stadtbahnzug aber läuft die zweite Wagenklasse fast leer. Wie lange noch sollen diese lebensgefährlichen Zustände bestehen? Wie lange noch müssen sich 18 Fahrgäste und mehr, in dem Mittelgang der Abteile stehend, zusammenpressen? Eine schnellere Jagdfolge um diese Zeit war früher möglich und ist auch jetzt unerlässlich. Die Ergebnisse der Verkehrsählungen können den kostbaren einleitenden Verkehr nicht ausreichen, da das Jahsergebnis das Resultat von mehreren Stunden ist. Die bestehenden Zustände sind eine schwere Gefahr für die Reisenden und erfordern sofortige Abänderung!

## Ehe oder Gefängnis?

### Der Altentäter soll sein Opfer heiraten.

Einen neuartigen Grundsatze bei der Zuteilung einer Bewährungsfrist — der aber dem allgemeinen Rechtsempfinden entsprechen dürfte — stellte das Schöffengericht Tempelhof unter Vorsitz von Amtsgerichtsrat Hiesch in einer Verhandlung auf, die sich gegen den Monteur Paul Köhler richtete.

K. war wegen gefährlicher Körperverletzung angeklagt. Aus Eifersucht hatte er seine Braut durch Schmitz mit einem Rasiermesser derart zugerichtet, daß das bis dahin schöne junge Mädchen fürchterliche Entstellungen für ihre ganze Lebensdauer davongetragen hat. Er hatte ihr in seiner Eifersucht nichts aufgelauert und war nach geschehener Tat davonlaufen. Die Revierpolizei hatte zunächst den Bruder des Messerhelden als vermeintlichen Täter festgenommen. Der Angeklagte hatte sich dann aber selbst gemeldet, wor jedoch abgewiesen worden, weil man auf dem Revier annahm, daß er seinen Bruder decken wollte. Erst als er sich am nächsten Tage wiederum stellte, wurde der Bruder entlassen, der Schuldlos eine Nacht in der Zelle zugebracht hatte. Der mittlere Täter kam nun in Haft, wurde aber auch bald wieder entlassen, weil man infolge seiner hartnäckigen Selbstgeißelung einen Mordverdacht nicht annahm. Das verletzte junge Mädchen hatte lange Zeit demütiglos im Krankenhaus zugebracht und schwebte zunächst zwischen Tod und Leben. Vor Gericht zeigte der Angeklagte große Reue über seine Tat. Er behauptete zwar, daß er die Verletzungen nur mit einem Taschmesser verübt habe. Man hätte aber in der Nähe des Latörines ein blutbesetztes Rasiermesser vorgefunden, und die Gutachter sehen auch keinen Zweifel, daß die Verletzungen nur von einem Rasiermesser herrühren könnten. Der Angeklagte suchte es so darzustellen, als ob er die Tat in einer Remuhtfeinsträubung verübt habe. Er will erst zu Hause gemerkt haben, daß er blutige Hände hatte. Das Schöffengericht war jedoch der Ansicht, daß der Angeklagte in einer Eifersuchtsrausch die Tat mit Vorbedacht verübt habe und verurteilte ihn zu 1 Jahr Gefängnis. In der Urteilsbegründung sprach der Richter aus, daß der Angeklagte dem jungen Mädchen gegenüber, dessen Heiratsaussichten sich durch die furchtbare Entstellung stark herabgemindert hätten, gewisse Verpflichtungen habe. Wenn er die Konsequenzen daraus ziehen sollte, würde ihm vom Gericht — auch in Anbetracht seiner nachträglichen Reue — dreijährige Bewährungsfrist zugestanden werden. — Also ins Gefängnis oder zum Standesamt.

**Selbstmordversuch zweier Hausangestellter.** Die Feuerwehre wurde heute früh gegen 4 1/2 Uhr nach der Rothbühlstraße 8 alarmiert. In der mit Gas gefüllten Küche der Wohnung ihres Arbeitgebers wurde die 33jährige Hausangestellte Marie B. und deren gleichaltrige Schwester Marie S. durch Gas vergiftet aufgefunden. Wiederbelebungsversuche mit Sauerstoff waren von Erfolg gekrönt. Der Zustand der beiden Mädchen war jedoch so bedenklich, daß sie in das Elisabethkrankenhaus übergeführt wurden. Nach dem Befund liegt zweifelsohne ein Selbstmordversuch vor, doch konnte das Motiv zu der Tat noch nicht ermittelt werden.

Die Stadtverordnetenversammlung hat ihre nächste Sitzung am Donnerstag um 18 1/2 Uhr. Die Tagesordnung verpricht unter anderem eine Wiederholung des Sturmlaufs der Deutschnationalen gegen den ihnen verhassten Stadtbaurat Genossen Wagner.

nationale schloß die schöne Feier. Ein Lichtbildvortrag mußte leider ausfallen, da der Saal nicht verdunkelt werden konnte. Das Singen wurde erst nach einer Rücksprache mit dem Polizeipräsidenten erlaubt, weil der amtierende Leutnant sich auf ein Verbot während der Kirchzeit verließ, trotzdem die Feier im geschlossenen Saal stattfand.

Die Pankower Genossen hatten einen guten Einfall mit der Veranstaltung eines Filmvortrags am Sonntagnachmittag. Das neu-erbaute Kino Tivoli in der Berliner Straße war nicht gefüllt. Der Film „Der Kreuzzug des Weibes“ gab wieder bereite Kunde von der Unzulänglichkeit unserer heutigen Gehegung. Nach dem zweiten Teil ergriff die Genossin Juchacz das Wort zu einem selber nur kurz bemessenen Referat. Die Genossin zeigte das harde Unrecht, das man den Frauen tut, in dem man sie wohl zur Mitarbeit in allen Betrieben heranzieht, ihre Arbeit aber gering bezahlt, obwohl die Produkte, die von ihnen hergestellt werden, nicht billiger sind. Man entzieht die Frau durch die wirtschaftliche Not ihrer natürlichen Bestimmung und nimmt den Kindern ihre natürliche Beraterin. Die Bürgerregierung hat nicht das Geld, um die schwangeren und stillenden Mütter genügend zu schützen, sie hat aber das Geld, die Jugendhäuser und Gefängnisse und Irrenanstalten für die so Gefolterten zu errichten. Diese Regierung hat unzählige Male bewiesen, daß sie nicht gewillt ist, die Interessen des deutschen Volkes zu vertreten, gibt ihnen die Anleitung darauf: wählt die Partei, die es anders macht: die Sozialdemokratie.

Am Sonnabend veranstaltete der Kreis Bausenburger im Kluge Restaurant im Rahmen der Werbewoche einen Vortragabend. Genossin Bohm-Schuch, die Referentin des Abends, sprach über das Thema „Was hat die Rechtsregierung bis jetzt für das deutsche Volk getan?“. Sie führte dann die schlagenden Beweise für die rückwärtslose Bevorzugung der kapitalistischen Interessen an und gab dabei nur nackte Tatsachen. Die Bürgerlichen entrieten sich fittich über Geschehnisse bei den Proletariern, sie sind aber nicht bereit, ihnen nur in der Besserung der Wohnungsverhältnisse entgegenzukommen. Wer ein großes Bankkonto hat, hat leicht gut zu sein. Die Genossin Bohm-Schuch nahm dann noch die Gelegenheit wahr, um die Lüge, daß die SPD. das 8-Stunden-Gesetz preisgegeben hätte, zu entkräften. Trotz der Bürgerbeherrschung haben wir auf sozialpolitischem Gebiet (Erwerbslosenfürsorge) kleine Fortschritte zu verzeichnen. Wir verdanken die Fortschritte dem geschlossenen Vorgehen der großen Gewerkschaften, und wo wir in Massen sind, können wir siegen. Die Anwesenden folgten begeistert den Ausführungen und der Bezirksvorsitzende schloß die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie.

## Bier Tote bei einem Autounfall.

Ein schweres Automobilonfall ereignete sich gestern auf der Landstraße von Wilmersdorf nach Celler. Ein mit vier Personen besetzter Kraftwagen kam beim Passieren der Derserbrücke ins Gleiten, durchbrach das Brückengeländer, überschlug sich und stürzte in die Oerze. Alle vier Insassen ertranken. Als Ursache wird ein Reisedesert angenommen.

## D 1220 beim Start verunglückt.

Das Heinkel Flugzeug D 1220, das seit ungefähr 14 Tagen in Horta auf den Azoren lag, um seinen Ozeanflug nach Neufundland-Neu York anzutreten, ist am Sonntag bei seinem Start nach Neufundland schwer beschädigt worden. Als das Flugzeug sich von der Wasserfläche abheben sollte, brach ein Schwimmer, so daß der Führer des Flugzeuges, Metz, sofort wieder landen mußte.

Wie ergänzend aus Horta gemeldet wird, erfolgte der mißglückte Start des D 1220 bei Nordlicht und Südwind. In dem Augenblick, als das Flugzeug sich vom Wasser abhob, wurde der Benzinank an der rechten Tragfläche von einer Welle errißt, wodurch das Flugzeug sich überschlug. Die Befahrung wurde durch ein sofort herbeigeeiltes Motorboot gerettet. Das Flugzeug ist völlig flugunfähig.

## Notlandung auf dem Rhein.

Das Flugboot des englischen Fliegers Courtman, das in direktem Flug von Southampton gekommen war, mußte auf dem Rhein bei Poll eine Notlandung vornehmen. Dabei wäre das Flugzeug beinahe wegen des hohen Wasserstandes in große Gefahr gekommen. Es wurde gegen einen Schleppzug getrieben, und der Bug des Bootsrumpfes wurde eingeebnet. Nur durch die schnelle Hilfe eines Fährmannes, der mit einem Motorboot hinzueilte, konnte der Anprall des Flugzeuges gegen einen Pfeiler der Südbrücke verhindert werden.

## Sport.

### Rennen zu Mariendorf am Sonntag, dem 13. November.

1. Rennen. 1. Anita Sorby (Bel.), 2. Agitator, 3. Britton. Toto: 23:10. Wagh: 17, 22, 16:10. Ferner liefen: Blad Wagh, Vordampfer, Baroness G., Mla Princeton, Naturbarische, Lindomgold, Barcarole, Qersog, Borena.
2. Rennen. 1. Theodora (B. Finn), 2. Sie Gaid, 3. Metterrolle. Toto: 78:10. Wagh: 21, 47, 42:10. Ferner liefen: Stawelpeter, Kram, Lucie Halle, Dancina Gaid, Glensio, Salome, Einfißt, Divisionär, Armentier, Preisreiter, Ludwig K.
3. Rennen. 1. Angrid Halle (Bel.), 2. Veth onella A., 3. Zulliger Bruder. Toto: 217:10. Wagh: 55, 46, 24:10. Ferner liefen: Goidlein, Gidbrun jr., Ada Balos, Binni Halle, Friedrich Ar. Gilla, Abdullah Silber, Goidler jr., Cullite B., Weindrand, Kerrigan jr., Chorade, Lindomgold, Darnald, Walter.
4. Rennen. 1. Native Forbes (W. King), 2. Kraniet, 3. Wido K. Toto: 27:10. Wagh: 12, 18, 12:10. Ferner liefen: Königsadler, Belotti, Gotta, Wagonan jr., Sudan, Cullis auch, Heil.
5. Rennen. 1. Odhonnans (B. Finn), 2. Bogdan, 3. Heroldrat. Toto: 84:10. Wagh: 27, 40, 47:10. Ferner liefen: Peter Corneker, Anclion, Wlghob, Rittschger, Alud, Francisco, Pshafdel, Kammerjänger, Trostler, Progreß.
6. Rennen. 1. Morgenlomme (Nauß jr.), 2. Deutcher, 3. Stroßel. Toto: 21:10. Wagh: 14, 18, 25:10. Ferner liefen: Belgitte, Streiffrage, Sabana, Dtmars, Mla Halle, Erker Seehofer, Rthener, Partemädchen, Friedrich Ver., Clementine, Duintenau, Anker I., Leuchtkäfer, Rastauk, Rehoferta, Korupphae.
7. Rennen. 1. Vindoll jr. (Nauß jr.), 2. Rentor I., 3. Ralßob. Toto: 31:10. Wagh: 15, 17, 15:10. Ferner liefen: Belfie, Venus, Gilla, Rottlappchen, Turiddu, Anvation, Gohmo.
8. Rennen. 1. Wbi.: 1. Fashion Wagh (B. Finn), 2. Prinz Addeil, 3. Blauraffe. Toto: 30:10. Wagh: 14, 19, 19:10. Ferner liefen: Geidemann, Cullis, Reihurn, Lombardel, Gilla, Geidreppin I., Ralteler, Barometer, Gloria B., Rinsch fortuna. — 2. Wbi.: 1. Weister B. (B. Fahr), 2. Zullschiffer, 3. Interessant. Toto: 58:10. Wagh: 22, 22, 12:10. Ferner liefen: Prinz Rudolf, Wina, Zeitgeist, Baron Irigantia, Unheil, Notula, Corona, Wackman, Wasserfall.

## Groß-Berliner Parteinaufrichten.

11. Kreis Schöneberg. Heute abend 8. Vortrag: „Programme der sozialistischen Partei“ bei Frau, Moritz-Luther-Str. 60.  
12. Kreis Steglitz. Heute abend 8. Vortrag: „Die Arbeiterbewegung“ bei Frau, Steglitz, Schilddammstr. 18. Vortragabend. Vortrag des Genossen Hartzke über „Die Arbeiterbewegung“ bei Frau, Steglitz, Schilddammstr. 18. Vortragabend. Die Genossinnen werden gebeten, zahlreich zu erscheinen.

## Die Angestellten strömten zur Wahl. Aber nicht alle konnten wählen.

Die Wahlbeteiligung zu den Angestelltenversicherungs- und eine außerordentlich rege. Die Zahl der abgegebenen Stimmen betrug beinahe das Dreifache der letzten Wahl vom Jahre 1922: rund 140.000 gegen 53.000 — nicht gerechnet diejenigen, die infolge der mangelhaften Organisation auf die Ausübung des Wahlrechts verzichteten, nachdem sie stundenlang vergeblich im oder vor dem Wahllokal ausgeharrt hatten. Diese außerordentliche Wahlbeteiligung dürfte aber auch der einzige Milderungsgrund sein für das Versagen der behördlichen Organisation; denn daß sie versagt hat, darüber kann es keine Meinungsverschiedenheit geben.

10 Uhr in der Koppenstraße ist die Beteiligung noch sehr mäßig.

11 Uhr zum Deutschen Dom — einem der schwächsten Wahlbezirke, ist die Beteiligung schon sehr; ein erfreuliches Zeichen.

12 Uhr im alten Westen, Derillingerstraße, Beteiligung von Anfang an sehr rege; besonders fällt auf die starke Anteilnahme der zahlreichen Krankenschwestern aus den umliegenden Kliniken.

13 Uhr, Wilmersdorf, Stadthaus, Kaiserallee: Hochbetrieb. Die Angestellten werden zu „Angestellten“ — eine Stunde dauert es.

ehe sie ihre Stimme abgeben können; man steht Schlange — beinahe wie im Krieg. Es stehen mindestens 120 Personen an. Es werden durchschnittlich in der Minute zwei Wähler abgefertigt. Da der Schriftführer nicht nur Namen und Adresse des Abstimmenden, sondern auch noch des Unternehmers (!) eintragen „muß“, ist die Prozedur notwendig eine qualvoll langsame.

14 Uhr, Charlottenburg, Schillerstraße 26 — Die Wähler stehen bis tief in den Schulhof hinein. Die gewählten haben, müssen sich an den Wartenden vorüber durch zwei enge Türen hindurchquetschen, da kein besonderer Ausgang geöffnet ist; endlich läßt sich der Wahlvorsteher erweichen, die Wahlurne nebst Tischchen innerhalb der Turnhalle etwas weiter zurückzunehmen, damit die draußen Wartenden nachrücken können. Inzwischen sind die amtlichen Wahlumschläge „ausverkauft“ — 14.15 Uhr; der Registrarsdiener wendet sich an einen der Anwesenden: „Weiden Sie doch mal hier — ich muß Wahlumschläge holen!“

Die hereinströmenden Massen sind nicht mehr zu halten, sie stehen nicht mehr an, sie umringen den Wahlstisch. Der Vorsteher ist machtlos. Töhmabohu. Alles geht drunter und drüber. Viele Wahlberechtigten verlassen unter lautem Protest das Wahllokal; einige werfen die Wahlurnen weg, die von anderen begierig ergriffen werden. Gegen 14.45 Uhr sind neue Wahlurnen eingetroffen und es gelangt, wenigstens den Raum hinter dem Wahlstisch freizumachen. In ein „Anstellen“ ist nicht mehr zu denken. Als der Zugang zum Wahllokal Punkt 15 Uhr geschlossen wird (inzwischen ist ein Ausgang freigegeben worden), sind noch 200 bis 300 Wähler in der Turnhalle anwesend.

Gesamteindruck: Willkürlich hat man die Zahl der Wähler geschätzt und hiernach

### viel zu wenig Wahllokale

bestimmt. Ebenso waren auch viel zu wenig Vertrauensmänner ernannt. Die Zahl der abgegebenen Stimmen übersteigt die Zahl, die vom Hauptwahlamt als die Gesamtzahl der vorhandenen Wähler angenommen wurde!

Eine übergroße Zahl von Verstößen gegen die Wahlordnung ist vorgekommen. Der trassigste Fall ist ein Vorfall im Wahllokal in Hermsdorf. Dort konnte festgestellt werden, daß

in den verteilten amtlichen Wahlzetteln sich schon Stimmzettel des Deutschen Nationalen Handlungsgehilfenverbandes befanden.

In einzelnen Wahllokalen waren die Wahlleiter, die in der überwiegenden Zahl städtische Beamte waren, erst viele Stunden nach Beginn der Wahlhandlung erschienen. In vielen Wahllokalen waren vor Schluss der Wahlhandlung keine Wahlurnen mehr vorhanden, so daß entgegen der Wahlordnung ohne solche eine fast willkürliche Stimmabgabe oft auch ohne Führung einer Wählerliste erfolgte. Wie weit diese Verstöße, die zu offiziellen Protesten geführt haben, eine teilweise oder gänzliche Wiederholung der Wahlen notwendig machen, kann erst entschieden werden, wenn der offizielle Wahlvorstand seine Beschlüsse gefaßt haben wird. Dies wird am Donnerstag der Fall sein.

Insgesamt wurden 138.965 Stimmen in Groß-Berlin abgegeben gegen 53.151 im Jahre 1922.

### Gewaltiger Stimmenzuwachs des IFA-Bundes.

Nach den vorliegenden Wahlergebnissen ist fast in allen Wahlkreisen, die am 13. November gewählt haben, eine Steigerung der Wahlbeteiligung um 100 und mehr Prozent festzustellen. Die im IFA-Bund zusammengefaßten freien Angestelltenverbände (ZdV, Deutscher Werkmeisterverband, Bund der technischen Angestellten und Beamten usw.) haben ihre Stimmenzahl noch weit darüber hinaus steigern können. Während der IFA-Bund bei den letzten Wahlen ein Drittel aller Stimmen erhielt, hat er es jetzt in den größeren Städten und auch auf dem Lande auf 50 Prozent und mehr aller Stimmen gebracht. Das gilt nach den bisherigen Ergebnissen von Berlin, Dresden, Mannheim. Teilweise stellt der IFA-Bund selbst in den kleineren Orten zwei Drittel aller Vertrauensmänner.

### Die „Berrätertaktik“ der Formner.

#### Und die Diktatur der kommunistischen Bonzen.

Von einem Funktionär der Eisenformer wird uns geschrieben: Der „Vorwärts“ hat ganz richtig auf die Beschimpfung der Formner und der Ortsoberleitung des DRB. geantwortet. Ich möchte aber, daß öffentlich dazu noch gesagt wird, wie die Mehrheit der Eisenformer und ihre Funktionäre darüber denken.

Kollege Ulrich hat uns am Freitag auseinandergesetzt, daß wir auf Grund der Statuten an den Schlichtungsausschuss gehen müssen, sonst darf unser Streik nicht sanktioniert werden. Wir haben kein Vertrauen zum Schlichtungsausschuss. Wir mühten aber nach den Ausführungen des Kollegen Ulrich in den sauren Apfel beißen. Wir sagten uns aber: Aufgehoben ist nicht aufgehoben.

Kum wirft die „Rote Fahne“ dem Kollegen Ulrich und den gesamten Organisationsvertretern des DRB. „Berrätertaktik“ vor, weil Kollege Ulrich uns über die statutarischen Bestimmungen aufgeklärt hat. Wenn nun Kollege Ulrich geschwiegen und bis nach der Erklärung des Streiks gewartet hätte, um den Streik nicht zu sanktionieren, dann würde man mit Recht ihm eine Berrätertaktik vorwerfen können. Kollege Ulrich hat uns rechtzeitig über die Situation aufgeklärt, wofür wir ihm nur dankbar sein können.

In der RPD. richtet man sich ja auch nicht nur nach den eigenen, sondern sogar nach den bürgerlichen Gesetzen, ohne daß man

deshalb von „Berrätertaktik“ spricht. Nur von den anderen verlangt die RPD., ganz besonders aber von den Gewerkschaften, daß sie weder die eigenen noch die bürgerlichen Gesetze beachten sollen.

Die große Mehrheit der Funktionäre der Eisenformer hat nun beschlossen an den Schlichtungsausschuss zu gehen. Wir verbitten uns ganz entschieden, deswegen von der „Roten Fahne“ und ihren Hintermännern als Berräter gebrandmarkt zu werden. Denn der Vorwurf der „Berrätertaktik“ trifft uns, nicht den Kollegen Ulrich. Denn wir haben den Beschluß gefaßt und zwar in freier Abstimmung. Wir haben es satt, uns von Leuten immer unter Druck halten zu lassen, die selbst nicht den Mut haben, gegen die bürgerlichen Gesetze vorzugehen und uns als „Berräter“ beschimpfen, weil wir unsere eigenen Gesetze beachten.

### Der Kampf in der rheinischen Textilindustrie.

#### Die Arbeiter lehnen ab.

Barmen, 14. November. (Eigenbericht.)

Der am Freitag für die rheinischeländische Textilindustrie gefällte Schlichtungsbescheid wurde am Sonntag von einer Funktionärskonferenz des Textilarbeiterverbandes abgelehnt.

### Der Schiedspruch verbindlich.

#### Aber mit vereinbarten Abänderungen.

Barmen, 14. November.

In der Gesamtsitzung über Löhne und Arbeitszeit in der rheinischeländischen Textilindustrie wurde nach zehntägiger Verhandlung der Schiedspruch des staatlichen Schlichtungsausschusses mit der Maßgabe für verbindlich erklärt, daß die Löhne der Gummibandwirker in einem besonderen Abkommen geregelt werden. Die Vereinbarung, die für die Gummibandwirker getroffen wurde, lautet: 1. Es wird ein neuer Branchentarif für die Gummibandwirker geschlossen. 2. Der Zeitlohn des Gummibandwarkers wird auf 74 Pf. festgesetzt. 3. Ueber die Bezahlung der Nebenarbeiten und die Schaffung einer Akkordlohnliste wird nach Wiederaufnahme der Arbeit unverzüglich verhandelt. Falls die Vorteile zu seiner Einigung gelangen sollten, entscheidet der Stellvertretende Vorsitzende des Schlichtungsausschusses für das Bergische Land, Stadtmann Becker, endgültig. 4. Die Laufzeit des Abkommens ist die gleiche, wie die des Lohnabkommens.

Nach dieser Verbindlichkeitsklärung und den neuen Vereinbarungen wird die Arbeit sofort überall wieder aufgenommen.

### Um die dreigeteilte Schicht.

#### Konflikt in Oberschlesien.

Hindenburg, 14. November. (Eigenbericht.)

Die ober-schlesischen Metallarbeiterverbände aller Richtungen haben am Sonntag Konferenzen abgehalten, in denen einstimmig beschlossen wurde, den vom Schlichter Prof. Brahm gefällten Schiedspruch über den Rantentarif abzulehnen, da wesentliche Forderungen der Arbeiterschaft nicht berücksichtigt worden sind. Die Konferenzen vertreten die Auffassung, daß die gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse der ober-schlesischen Eisenhütten

es gestatten würden, den berechtigten Forderungen der Metallarbeiter zu entsprechen.

In einer Sonderkonferenz des Deutschen Metallarbeiterverbandes referierte der ober-schlesische Bezirksleiter Karger über die Einführung der dreigeteilten Schicht für alle Stahl-, Walz-, Hammer- und Drehwerke und Röhrengießereien. Die Konferenz stellte sich einmütig auf den Standpunkt, daß statt der neuen Versuche der Unternehmer, den Termin erneut zu verschieben, die Einführung der achtfünftägigen Arbeitszeit ab 1. Januar 1928 durchaus möglich ist. Die Bergwerksproduktion in Oberschlesien ist gegenüber 1913 um 100 Proz. und die Stahlwerksproduktion um 140 Proz. gestiegen, obwohl zu gleicher Zeit die Belegschaftsziffern um 25 Proz. gesunken sind. Diese Zahlen beweisen, daß der Achtfünftägtag auch im Hüttenwesen durchaus tragbar ist. Angesichts der erschreckenden Steigerung der Unfallziffern ist die verkürzte Arbeitszeit eine unbedingte Notwendigkeit. Die Konferenz stellte sich auf den Standpunkt, unter Umständen auch zu Kampfmaßnahmen zu greifen, wenn der Reichsarbeitsminister vor den neuen Versuchen der Unternehmer zurückweichen sollte.

### Konflikt im Fischgroßhandel.

#### Die Arbeiter zum Kampf entschlossen.

Die Arbeiter des Berliner Fischgroßhandels nahmen am Sonntagabend in einer stark besuchten Versammlung zu dem Ergebnis der Lohnverhandlungen mit dem Berliner Arbeitgeberverband des Großhandels Stellung. Genosse Kuste vom Verkehrsband gab den Versammelten bekannt, daß die Unternehmer „bereit“ waren, den seit Mai 1924 bestehenden Lohn von 33 M. nur um 2 M. zu erhöhen. Da die Verhandlungskommission auf eine gründliche Aufbesserung dieser Lebenslöhne bestand, die Unternehmer aber zugunsten blieb, scheiterten die Verhandlungen.

Die Versammelten waren über dieses Angebot der Unternehmer sehr empört und beauftragten nach längerer Debatte die Organisation, sofort den Schlichtungsausschuss anzurufen und von ihm zu verlangen, daß die Verhandlungen in kurzer Zeit angefangen werden, da das Lohnabkommen schon zum 31. Oktober gekündigt war. Sie ließen darüber keinen Zweifel, daß sie gewillt sind, ihre berechtigten Forderungen eventuell durch einen Streik durchzusetzen, wenn auch vor dem Schlichtungsausschuss die Unternehmer keine annehmbaren Zugeständnisse machen sollten.

### Eine vernünftige Regierung.

Hessingfors, 12. November.

Nach der Debatte zur Interpellation über die Rothillsarbeiten, die den ausgesperrten Metallarbeitern zu geleistet worden waren, beschloß der Reichstag mit 114 gegen 79 Stimmen ein Vertrauensvotum für die Regierung.

Deutscher Werkmeister-Verband. Buchhändler-Verband. Dienstag, den 15. Nov., abends 1/8 Uhr. Versammlung bei Reichmann, Wilhelmstr. 18. Botschaft über Buchhändlerfragen.

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Carl Geiger; Schriftföhrer: G. Klingelshöfer; Gemeindeföhrer: J. Strömer; Kassier: R. J. Böhm; Sekretär und Contingent: Fritz Kahlstädt; Anzeigen: Ed. Glöckler; sämtlich in Berlin. Verlag: Fortwärtig-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Fortwärtig-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW 66, Lindenstraße 8.

### Volksbühne

Theater am Blüpplatz/Th. am Schiffbauerdamm

7 1/2 Uhr Peer Gynt

8 Uhr Schlober des Ruhms

### Renaissance-Theater

Steinplatz 901. — Täglich 8 Uhr

Giovanni u. Annabella

### Theater in der Kommandantenstr.

8 Uhr Der große Erfolg!

Schön sein wir aus!

m. Henry Bender Dönhoff 30/3

### Rose-Theater

CharleysTante

### CASINO-THEATER

Lothringerstraße 37.

Nur noch wenige Aufführungen!

Die Paula vom Metropol.

Ausscheiden! Gutzehn 1—4 Pers. Faustteil nur 1,10 M., Sessel nur 1,60 M.

### 8 UHR SCALA

Nollendorf 7360

### GROCK

und weitere 9 internat. Varietätens

Sonnabends u. Sonntags Je 2 Vorstellungen

1<sup>o</sup> u. 2<sup>o</sup> Uhr — 3<sup>o</sup> zu ermäßigten Preisen das ganze Programm.

### 8 Uhr Winter Garten

Räucher gestaffelt

Piletto der deutsche Rastell

Dayal na-Balleil u. S. Campson

Waldoff-Penkerl; Boxkamm.

### Wadhalla - Theat.

Täglich 8 1/2 Uhr

Am Radesheimer

Schlöß steht eine Linde

Parken 200 + Mk. tagl. auch Sonntags nur 60 Pf.

### Komödienhaus

Norden 6104. 8 1/2 Uhr

Hokuspokus

Budtag 8 1/2 Uhr

Die Schwester Maria Orska

### Berliner Theater

Dönhoff 170. 8 1/2 Uhr

Der Geisteszug

Budtag 8 1/2 Uhr

Der Geisteszug

### Thalia-Theater

8 Uhr

Der rote Hahn

### Herren - Maß - Schneiderei

„ALEXECK“

Wunderlicke, 3. H. Stg., Gde Königstr.

Gestaltliche Stoffe. Solide Dreile.

### Verkäufe

Bekleidungsstücke, Wäsche usw.

Erhöhen Sie! Schusterstraße 7.

Gelegenheitskäufe wenig getragener, auch neuer Herren- und Damenkleider, Pelzwaren, Reine Kommodoren.

Von Kavaliere wenig attraktive (wie neue Herrenanzüge, Hüte, Pelzwaren, jede Signe, Pelz, Spezialitäten, Schokolade, Damenpulver, Brillen, Brillen, verpackt) (Schokolade, Brillen, Reine Kommodoren).

### Möbel

Valentinstagen, „Primissima“-Metallbetten, Aufgabetische, Chaiselongues, Wälder, Stuhlwälder, etc.

Spezialgeschäft

Metallbetten, Chaiselongues, Aufgabetische, Kinderbetten, Kinderwagen, Teilzahlung zu billigen Preisen. Spezialgeschäft. Schönhauser Allee 3. Schönhauserstr.

### Musikinstrumente

Violinen, überaus preiswert. Pianoforte, Viol. Beunruhigter 33.

### Fahrräder

Fahrräder, erstklassige Markenräder. Einzahlung Fahrradhaus Centrum, Eisenstraße 11/12.

### Kaufgesuche

Schwarz- u. Silberlaken, St. u. Bl. Quodlibet, Goldlaken, G. u. Bl. u. Bl. u. Bl. (nahe Eisenstraße)



Ihr Mann sieht schlecht aus!

Verlassen Sie sich darauf, er ist falsch ernährt. Meiden Sie jene altmodische Ernährungsweise, die nicht mehr in unsere kräftebehaltende und aufreibende Zeit paßt. Altmodisch ist einseitige Fleischernährung, die im Körper einen schädlichen Säureüberschuß schafft, krank macht und schlechtes Aussehen verursacht. Zeitgemäße Kost beschränkt den Fleischgenuß zu Gunsten von Gesundheit spendendem Obst und Gemüse.

Ess mehr Früchte und Ihr bleibt gesund!

Täglicher Genuß frischer Früchte ist kein Luxus, sondern Notwendigkeit. Frische Früchte gibt es zu jeder Jahreszeit!

# Coundé

reinigt

wäscht

färbt

Spezialität der Dampfwäscherei:

Herren-Stärkewäsche, Tischwäsche u. Roll-Preßwäsche / Lieferzeit: 8 Tage

Filialen überall in Groß-Berlin